

## Stadt hat kein Mittel gegen Graue Wölfe

Türkisches Fest in der Stadthalle findet trotz großer Bedenken statt —  
„Dumm gelaufen“

**FÜRTH — Ein Fest unter Beteiligung extremistischer türkischer Nationalisten wird am ersten Weihnachtsfeiertag wie geplant in der Stadthalle über die Bühne gehen. Der Antrag, den Mietvertrag fristlos zu kündigen, wurde vom Stadtrat am Mittwochnachmittag aus Furcht vor rechtlichen Konsequenzen abgelehnt.**

Die Veranstaltung war bereits im Juni als „Folklorefest“ von dem seit 1984 in der Fürther Innenstadt ansässigen Verein Bizim Ocak angemeldet worden; doch wie sich inzwischen herausgestellt hat, steht im Hintergrund die sogenannte Ülkücü-Bewegung oder „Türkische Föderation“. Wegen ihres Emblems ist sie landläufig unter dem Namen „Graue Wölfe“ bekannt, ihre Ziele werden von Experten als rechtsextrem und integrationshemmend eingestuft. Der Verfassungsschutz beobachtet den deutschen Ableger der Organisation seit langem.

Wie der zuständige Ordnungsreferent Christoph Maier vor dem Stadtrat betonte, habe seine Behörde von diesen Zusammenhängen nichts geahnt, als sie die Anmeldung des „noch nie auffälligen“ hiesigen Vereins - wie übrigens in den beiden vergangenen Jahren auch - im Sommer absegnete. Maier bezeichnet das als „Ärgernis“, hält eine Kündigung des Vertrags, wie ihn die Linkspartei forderte, jedoch für zu riskant.

Zum einen drohe der Stadt Schadenersatz, der angesichts von 1000 erwarteten Zuschauern und einem erheblichen logistischen Aufwand für das Fest stattlich ausfallen könnte; zum anderen bestehe die Möglichkeit, dass sich der Verein einklagt - und dies nach Maiers Ansicht mit großen Erfolgsaussichten. Den darauf folgenden „Propagandawirbel der obsiegenden Seite“ könne niemand wollen, meint er.

Die Sache sei „dumm gelaufen“, bekannte Maier. Er empfehle aber, dieses Jahr in den sauren Apfel zu beißen und dafür eine Wiederholung in Zukunft „mit restriktivster Handhabung“ zu verhindern. So soll in entsprechende Verträge eine Klausel eingebaut werden, die Konsequenzen vorsieht, wenn eine Veranstaltung entgegen der Ankündigung politische Zwecke verfolgt.

Auf Antrag der Grünen wurde zudem beschlossen, dass sich die Stadt „öffentlich von den Veranstaltern und dem rechtsradikalen Hintergrund des Konzerts“ distanziert. Linke Kreise haben unterdessen in einem anonymen Schreiben angekündigt, „das Thema weiter im Auge zu behalten“.

hän